

Stellungnahme zur Berliner Umfrage unter jungen Geflüchteten

Ungeschützte Befragung zur Gesundheit und traumatischen Erlebnissen auf dem Gelände des LaGeSo – Gefahr der Reaktualisierung von Traumata

Berlin, 22. Oktober 2015 – Dem Behandlungszentrum für Folteropfer ist bekannt geworden, dass seit Anfang Oktober 2015 auf dem Gelände des LaGeSo in Moabit eine Umfrage zur physischen und psychischen Gesundheit von Flüchtlingen im Alter von 0-24 Jahren stattfindet („Berlin Health Survey“). Neben der Erfassung physiologischer Beschwerden werden auch Daten zu erlebter sexualisierter Gewalt, Foltererfahrung bzw. Vorhandensein von Folternarben sowie Daten zum Fluchtweg erhoben. Darüberhinaus werden Symptome der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) erfasst. Ziel der Befragung ist eine Übersicht über physiologische und psychologische Beschwerden von jungen Geflüchteten und die Ableitung der aktuellen Bedarfslage hinsichtlich medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung. Geleitet wird die Umfrage von Frau Dr. Barbara Rath, Ärztin und Leiterin der Organisation vivo. Die Befragungen werden von Psychotherapeut/innen in Ausbildung mithilfe von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern auf dem LaGeSo-Gelände durchgeführt. Bei jungen Kindern soll ein Elternteil stellvertretend für das Kind befragt werden. Jedes Interview dauert in etwa 40-60 Minuten. Die Befragung soll anonym, vertraulich und freiwillig stattfinden. Eine deutschlandweite Befragung ist geplant.

bzfo kritisiert Befragung – ethische Standards werden nicht eingehalten

Das bzfo möchte sich von Inhalt und Konzeption der Umfrage distanzieren. Diese Gründe sollen im Folgenden differenziert dargestellt werden:

- Im Rahmen der Umfrage wird explizit nach traumatischen Erlebnissen gefragt (Vergewaltigung, Folter, Fluchterfahrung): das Ansprechen traumatischer Erfahrungen, vor allem sexualisierter Gewalt, erfordert besonders viel Vertrauen und Sensibilität, da bei Betroffenen Schmerz und Scham, sowie Angst vor Stigmatisierung vorliegen. Solche Traumata in einer Situation der noch immer andauernden Krise (die zu Befragenden warten auf ihre Registrierung, haben möglicherweise noch keine Unterkunft) anzusprechen, kann stark angstaussendend sein, dissoziative Zustände auslösen und eine akute oder auch anhaltende Reaktualisierung der Traumata bewirken. Sowohl fachliches Wissen und Infrastruktur für mögliche Kriseninterventionen als auch ein adäquates Beratungs- und Behandlungsangebot in ausreichender Kapazität im Anschluss sind dringend notwendig.
- Die Befragung wird mithilfe freiwilliger Dolmetscherinnen und Dolmetscher durchgeführt. Es handelt sich somit um Laien-Sprachmittler, die nicht mit den Grundlagen des Übersetzens bei Menschen mit psychischen Belastungen und mit den Regeln des Dolmetschens vertraut sind. Das Hören traumatischer Erfahrungen kann zudem speziell für Laien mitunter sehr belastend sein bzw. eventuelle eigene traumatische Erfahrungen reaktualisieren. Hierfür werden Dolmetscherinnen und Dolmetschern im Gesundheitswesen und psychotraumatologischen Setting im Normalfall Schulungen und externe Supervisionsangebote gemacht. Bisher sind im Rahmen der Umfrage keine

- entsprechenden Schulungen und Supervisionsangebote geplant
- Es wird keine Einverständniserklärung der Befragten eingeholt. Ethischen Standards entsprechend, sollte Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben werden, auch im Nachhinein ihr Einverständnis zur Nutzung der Daten zurückzunehmen
- Aus wissenschaftlicher Sicht ist zudem zu beanstanden, dass das verwendete Fragebogen-Instrument nicht für die vorgesehene Population validiert ist und weder die Erstellung einer Diagnose der PTBS erlaubt noch die Abschätzung des Versorgungsbedarfes. Hierfür gibt es in Berlin u.a. ein spezielles Programm (Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge), in dem geschulte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (z.B. in Heimen) bei Hinweisen auf psychische Belastung Personen zur Erstfeststellung weiterleiten können.

Dringende Notwendigkeit von Ermittlung und Versorgung besonders Schutzbedürftiger keine Rechtfertigung für ungeschützte Befragung

Wenngleich es ein wichtiges Anliegen ist, den Bedarf nach medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung unter Geflüchteten zu ermitteln, so sollte dies unserem Verständnis nach unter Einhaltung ethischer Richtlinien und Mindeststandards erfolgen. Es handelt sich bei Flüchtlingen um eine besonders vulnerablere Gruppe, deren Schutz an erster Stelle stehen sollte. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass bereits einige Studien zur psychischen Belastung von Flüchtlingen in Deutschland vorliegen. Hier ist die Studie von Richter, Lehfeld und Niklewski (2015) sowie die Studie von Butollo und Maragkos (2012) beispielhaft zu nennen. Diese Autoren nutzten zudem validierte und standardisierte Instrumente, die die Erstellung einer Diagnose erlauben. Im Rahmen dieser Projekte wurde im Anschluss Beratung, Vermittlung in Behandlung und Follow-Up angeboten.

Aus den genannten Gründen sehen wir die Durchführung der Umfrage als äußerst bedenklich an und möchten uns aus fachlich-psychotraumatologischer Sicht ausdrücklich distanzieren.

Dass es einen hohen Bedarf an medizinischer, psychiatrischer, sozialarbeiterischer und guter materieller Versorgung gibt, ist hinreichend bekannt, sowie auch der Umstand, dass die Versorgung mit qualifizierten dolmetschergestützten gesundheitlichen, therapeutischen und psychosozialen Angeboten bei Weitem aktuell nicht gewährleistet ist. Wir setzen uns daher gemeinsam mit den Berufskammern und psychosozialen Zentren dafür ein, dass die Versorgungskapazität auf- und ausgebaut wird.

Seit 1992 bietet das **Behandlungszentrum für Folteropfer e.V.** (bzfo) in Berlin Opfern organisierter staatlicher und Bürgerkriegs-Gewalt Hilfe bei körperlichen Leiden, seelischen Langzeitschäden und psychosomatischen Störungen. Etwa 500 Erwachsene, Kinder und Jugendliche behandelt das Team jährlich. Sie kommen aus fast 40 Ländern wie Syrien, Irak, Afghanistan, dem Iran, Tschetschenien, der Türkei, dem Kosovo oder aus Libyen, Somalia, Eritrea und anderen afrikanischen Ländern. Rund 50 Prozent der Ausgaben werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der EU und den Vereinten Nationen getragen; den Rest finanzieren Stiftungen, Unternehmen und private Spenderinnen und Spender.

Seit Mitte 2008 arbeitet das bzfo gemeinsam mit dem Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste (zfm), der Überleben – Stiftung für Folteropfer sowie der gemeinnützigen Catania – Hilfe für traumatisierte Opfer unter dem Dach des **Zentrums ÜBERLEBEN**.